

Mit dem Klimaschutzgesetz hat der Bund verbindlich das Ziel der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 beschlossen. Global, in Europa und Deutschland wächst die Nachfrage nach CO₂-neutral produzierten Waren und Dienstleistungen. Wir müssen und wir werden weiter handeln, um die schwersten Auswirkungen der menschlichen Eingriffe in die Umwelt noch abwenden zu können. Das erfordert unsere Verantwortung für nachfolgende Generationen und unsere gemeinsame Zukunft!

Die Dekarbonisierung bei der Erzeugung, Verteilung und dem Verbrauch von Energie ist dabei nicht Ziel, sondern Handlungsauftrag. Gleichzeitig ist durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit stark gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise noch deutlicher geworden: Die Erneuerbaren Energien sind der Schlüssel für niedrige Strompreise, eine unabhängige Versorgung und eine starke regionale Wertschöpfung. Thüringen hat die besten Voraussetzungen, diesen Weg schnell, wirksam und sozial verträglich zu gehen.

Damit das klappt, setzen wir als SPD-Fraktion **drei energiepolitische Schwerpunkte**:

(1) Wir wollen eine sozial gerechte Erzeugung und Nutzung von Erneuerbaren Energien, (2) eine Stärkung regionaler Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit sowie (3) eine deutliche Reduzierung negativer Auswirkungen der Energieversorgung auf die Umwelt. Wir setzen uns dafür ein, dass ein sachlicher Dialog ermöglicht wird, der sich gegen eine Diskussionskultur richtet, die faktenlos und populistisch ist.

Die angestrebte Dekarbonisierung der Wirtschaft setzt Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Netze sowie den schnellen Ausbau regenerativer Energieversorgung voraus. Das ist nicht nur klimapolitisch geboten, sondern setzt auch wirtschaftliche Wachstumsimpulse. Das Thüringer Wirtschaftsministerium hat erst kürzlich in einer Studie zu Thüringer Wachstumspotentialen ermittelt, dass ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien und die zügige Dekarbonisierung das Bruttoinlandsprodukt bis 2035 deutlich steigern wird. Die Verfügbarkeit von CO₂-neutral umgewandelter Energie ist mittlerweile wichtigster Standortfaktor zum Erhalt und zur Ansiedelung von Unternehmen.

Die Dekarbonisierung ist eine Chance. Die Energiewende sichert Arbeitsplätze in der Industrie, Handwerk und in den vielen kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsplätze auch im Umbruch erhalten bleiben und die Tarifbindung in den Thüringer Unternehmen weiter erhöht wird. Öffentlich geförderte Unternehmen nehmen hier eine Vorbildfunktion ein. In den Betrieben ist es unerlässlich, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Planung, Entwicklung und Umsetzung der Transformationsprozesse eingebunden werden und ihre Kompetenzen einbringen können. Nur so können Maßnahmen fair gestaltet und deren Akzeptanz gesteigert werden. Dabei helfen kann die von uns geforderte Technologieberatungsstelle, welche Betriebs- und Personalräte sowie betriebliche Interessenvertretungen in Wandlungsprozessen weiterbilden soll. In Zeiten des größten Umbruchs der Wirtschafts- und Arbeitswelt seit der Industrialisierung ist die Sicherung der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten essenziell. Wir sind überzeugt davon, dass wir die Transformation nur gemeinsam meistern können. Aus diesem Grund unterstützen wir die Etablie-

zung eines Thüringer Zukunftsbündnisses aus Gewerkschaften, Verbänden, Kammern, Wissenschaft, Kommunen und Kirchen.

Durch tarifgerechte Löhne, durch die Zunahme guter Arbeitsplätze und durch Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Thüringer Unternehmen wird Thüringen für Fachkräfte noch attraktiver. Ob im Sanitär- und Heizungsbau, in der Elektrotechnik oder im Handwerk – es braucht Fachkräfte, die gezielt leistbar und planbar individuelle Lösungen umsetzen können. Wir unterstützen die Weiterbildung von erfahrenen Fachkräften, die Ausbildung und den Umstieg in die Branche. Uns ist bewusst, dass in Thüringen aufgrund des demografischen Wandels die Unterstützung helfender Hände und Köpfe außerhalb von Deutschland benötigt werden. Wir unterstützen daher das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene und setzen uns für die Umsetzung der Maßnahmen der Fachkräftezuwanderung auf Landesebene, darunter das Programm „German Professional School“, ein. Wir brauchen eine schnelle und zielgerichtete Anerkennung von vorhandenen Berufsabschlüssen und Berufserfahrungen sowie Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, damit ein reibungsarmer Start in das Arbeitsleben möglich ist.

Die dargestellten Entwicklungen bestärken uns darin, den politisch seit Jahren eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Für die SPD-Fraktion sind die kommenden 10 Jahre entscheidend, um Thüringen auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten. Drei Handlungsfelder sind für das Erreichen des Ziels für uns entscheidend:

1. Produktionskapazitäten hochfahren, Ausbau vorantreiben und den gezielten optimierten Einsatz technologieoffen vor Ort gestalten!

Jeder Wandel braucht Zeit, Lernbereitschaft und einen roten Faden. Thüringen ist ein Bundesland mit reichhaltigen natürlichen Energiequellen. Sei es Wind- und Solarenergie, Biomasse, Geothermie, Wasserkraft oder Umweltwärme. Die Potentiale sind in jeder Region vorhanden, um den Bedarf an Energie decken zu können. Wir wollen alle Potentiale technologieoffen zur Nutzung bringen. Die bisherige Abhängigkeit vom Import von Energieträgern und Strom wollen wir deutlich reduzieren, um Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und zu erhalten.

Von der Entwicklung und Produktion der verschiedenen Bauteile, über die Planung, Installation, Betrieb, Wartung und Verwertung: Zehntausende Arbeitsplätze sind bereits durch die Umstellung der Energieproduktion in der Region entstanden bzw. für die Zukunft gesichert worden. Mit der verstärkten finanziellen Beteiligung der Menschen und Kommunen in der direkten Nachbarschaft von Windkraftanlagen schaffen wir zudem die Basis für eine langfristige Steigerung der Wertschöpfung vor Ort.

Die Kraft des Windes ist eine zentrale Säule bei der Versorgung der Gegenwart und Zukunft. Mit dem Windenergiebeteiligungsgesetz sorgen wir dafür, dass die Menschen in der Region einen finanziellen Vorteil haben. Wir schaffen eine verlässliche, planbare und verbindliche Grundlage für die Menschen

vor Ort, für die öffentliche Verwaltung und für Unternehmen. Zugleich wollen wir weiterhin als Land steuern, unter welchen Bedingungen der Anlagenbau in welchen Regionen erfolgen darf. Mit der Festlegung der bisherigen und der Überarbeitung der zukünftigen Vorrangflächen konzentrieren wir den Ausbau und schaffen einen klaren rechtlichen Rahmen. Mit dem bald vorzulegenden Thüringer Solarausbaugesetz schaffen wir zudem eine technologieoffene Grundlage für den vielschichtigen und breiten Einsatz der Solarenergie im Freistaat. Vom Einsatz als Agri-PV, der Installation auf Wohn- und Gewerbegebäude, der Anwendung für die Versorgung von öffentlichen Gebäuden – das Solarausbaugesetz soll auch hier Klarheit schaffen. Wir wollen örtliche Versorgungs- und Erzeugungsunternehmen in die Lage versetzen, selbst ihre Erzeugungskapazität auszubauen.

Damit auch in Zukunft auf landwirtschaftlichen Nutzflächen der Anbau von Lebensmitteln, Futter, Baustoffen und Energiepflanzen erhalten bleibt, unterstützen wir das Vorhaben zur Umsetzung des Thüringer Agrarstrukturgesetzes und setzen uns für einen gründlichen Abwägungsprozess ein. Eine besondere Herausforderung ist die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in Bestandsimmobilien. Damit bestehender Wohnraum auch in Zukunft für alle Einkommensgruppen bezahlbar mit Wärme versorgt werden kann, brauchen wir weniger Verpflichtung und mehr Ermöglichung. Deshalb wollen wir die Optimierung der Wärmeversorgung gezielt fördern. Wir setzen uns daher für einen Heizungstauschbonus für Haushalte mit niedrigem Einkommen ein.

2. Ausbau und Stärkung eines flexiblen und tragfähigen Netzes aus Strom-, Wärme- und Energieträgerleitungen

Es muss nicht immer die eigene Heizung sein. Mit einer gezielten und verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung optimieren wir die gemeinsame Nutzung öffentlicher und privater Wärmequellen. Das senkt langfristig nicht nur Kosten für den Bau und Betrieb, es ermöglicht auch eine effiziente Nutzung der Infrastruktur. Neben der direkten Versorgung mit Wärme steht dabei auch der Erhalt der Erdgasverteilnetze. Diese wollen wir ertüchtigen, um auch Heizsysteme zu versorgen, die auf H₂ und andere gasförmige Energieträger ausgelegt sind.

Thüringen hat mit der Rekommunalisierung der Stromnetze ein tragfähiges Rückgrat der Stromversorgung in der öffentlichen Hand. Hinzu kommt die einmalige Versorgungslandschaft durch die starken Kreis- und Stadtwerke. Wir werden unsere Versorgungspartner vor Ort dabei unterstützen, Fachkräfte zu gewinnen und mit attraktiven Arbeitsbedingungen zu halten. Gerade für die Planungs- und Installationsarbeiten der nächsten Jahre brauchen wir attraktive Angebote für hochspezialisierte Fachkräfte. Das betrifft sowohl die beteiligten Behörden als auch die Unternehmen. Zugleich brauchen die öffentlichen Versorgungsunternehmen notwendige Mittel um den Netzausbau weiter voranzutreiben. Wir wollen Plan- und Genehmigungsverfahren verschlanken und Regularien anpassen, wo es nötig und möglich ist.

Die vorhandenen und neuen Wärmeversorgungsnetze basieren auf einem gleichmäßigen und verlässlichen Wärmebezug. Der Einsatz von Geoenergie, die Einbindung von Biogas und Biomasse, aber

auch die Nutzung von Großwärmepumpen sind für die Abdeckung des Wärmegrundlastbedarfs der Fern- und Nahwärmenetze besonders geeignet. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Planung von Wohn- und Gewerbegebäuden zukünftig auch die Nutzung der Geoenergie zur Wärmeversorgung mit betrachtet wird. Insbesondere größere Versorgungsgebiete können dabei mit dem Einsatz der Tiefen-Geothermie sicher und dauerhaft mit Wärme versorgt werden. Wir unterstützen daher die Etablierung von petrothermalen Systemen in Thüringen.

3. Aufbau einer Strom- und Wärmespeicherinfrastruktur

Bisher konzentriert sich in Thüringen bereits ein Viertel des gesamten Stromspeicherpotentials der Bundesrepublik. Mit der Weiterentwicklung von Batteriespeichern zur breiten Marktanwendung stehen insbesondere für Stromversorgungsunternehmen, aber auch Verbraucher in Industrie und Gewerbe direkte Anwendungsmöglichkeiten zur Verfügung. Diese ermöglichen es, die Effizienz zu steigern und Kosten zu senken.

Wir wollen Thüringen zum Stromspeicherland ausbauen. Dafür müssen wir Know-how bündeln und Lücken in der Umsetzungskette schließen. In der Region wächst die Nachfrage nach Stromspeichern beständig. Bisher fand der Ausbau vor allem durch Speicher im privaten Haustechnik-Umfeld statt. Damit Unternehmen und Versorger selbst in Speicher investieren, braucht es Anwendungsbeispiele, die passgenaue Lösungen praxistauglich in die Fläche bringen. Durch die Konzentration von Forschungseinrichtungen und Produktion entstehen derzeit Batteriecluster, die zum Motor in der Umsetzung der Speichertechnologien werden. Solche Cluster entstehen derzeit im Umfeld von Gewerbegebieten in Thüringen. Der Einsatz von Wärmespeichern für Tage bis hin zu mehreren Wochen und Monaten stellt die zweite Säule der stillen Reserve dar. Hier bestehen erhebliche Einspar- und Optimierungsmöglichkeiten.

Allein mit dem Ausbau der Photovoltaikkapazitäten entstehen immer mehr insbesondere kleinere Speicherstandorte. Stehen diese in Bezug zueinander, ermöglicht die gemeinsame Nutzung eines gemeinsamen, größeren Speichers eine effizientere und kostengünstigere Auslastung. Anwender können Erzeugungsspitzen besser nutzen, was wiederum zur Entlastung der öffentlichen Netze beiträgt. Die Förderinstrumente sollen für diese Nutzung geöffnet und passgenauer zugeschnitten werden.

Der Zusammenschluss von Bürgern zu Genossenschaften macht es auch für diejenigen möglich, zu Energieproduzenten zu werden, welche nicht über eigene Nutzflächen verfügen. Die Unterstützung beim Aufbau von Energiegenossenschaften ist daher ein wichtiges Anliegen, um auch beim Ausbau der Stromspeicherkapazität direkte Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die direkte Nutzung von Strom ist die effizienteste Art der Verwendung. Jedoch ist der Einsatz von elektrischer Energie nicht in allen Lebens- und Produktionsbereichen direkt möglich. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft wird daher vom Land Thüringen unterstützt. Dies betrifft nicht nur die

Umwandlung von Strom in Wasserstoff, sondern auch den Einsatz von Speichern. Der Kopplung der unterschiedlichen Sektoren kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Mit dem räumlichen Bezug der unterschiedlichen Techniken sollen so Anwendungscluster entstehen.

Es kommen jährlich zahlreiche Stromerzeuger im Freistaat dazu. Für eine effiziente Nutzung braucht es eine gezielte Steuerung. Durch die Digitalisierung der Netze, der Erzeugungskapazitäten und Speicher, kann Angebot und Nachfrage besser und gezielter abgestimmt werden. Ein virtuelles Kraftwerk führt als Dienstleister in einem kooperativen Prozess Produzenten und Konsumenten zueinander. Erste Beispiele in der Region wollen wir weiter unterstützen und die gewonnenen Erkenntnisse aus der Praxis schnellstmöglich anderen Versorgern zugänglich machen, um eine breite Anwendung zu ermöglichen.

Durch das Vorantreiben der Sektorenkopplung und die Integration von Batterie- und Wärmespeichern vor Ort können Kosten gesenkt, die Versorgungssicherheit erhöht und die Effizienz gesteigert werden. Produkte und Dienstleistungen, die zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden, sind ein Wettbewerbsvorteil, sichern mittelfristig Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region und erhöhen die Planungssicherheit. Das stärkt den Lebens- und Wirtschaftsstandort Thüringen. Der Freistaat ist bisher zu 75 Prozent von Energieimporten abhängig. Das wollen wir deutlich reduzieren.

Wir als Verantwortliche im Land werden gemeinsam mit der Kommunalen, der Bundes- und der Europaebene weiter an praxistauglichen Lösungen für eine passgenaue, sozial verträgliche und zielgerichtete Energieversorgung in Thüringen arbeiten. Von der Einführung eines sozialen Klimageldes auf Bundesebene, über die Stärkung der öffentlich getragenen Energieversorgung im Land bis zur gezielten Förderung stehen in den nächsten Monaten zahlreiche wichtige Entscheidungen an. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Brückenstrompreis zur Transformation für die Industrie verbunden mit Tarifbindung sowie einer Beschäftigungs- und Standortgarantie eine wettbewerbsfähige Produktion in Deutschland auch weiterhin ermöglicht.

Für uns ist dabei klar, dass die notwendigen Entscheidungen für alle Menschen verträglich sein müssen. Dabei sind Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders aktiv durch die Einführung des sozialen Klimageldes und durch die Stärkung der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur und Förderungen von Bund und Land dauerhaft zu entlasten.